



Bericht von der Gemeinderatssitzung am 12. November 2020

Ablösebestimmungen und Bauplatzpreis für das Baugebiet „Ortsmitte II“ in Treffelhausen festgelegt

Demnächst beginnt die Erschließung des Baugebiets mit neun Bauplätzen im Herzen von Treffelhausen. Den Bauplatzinteressenten soll, wie in den anderen Baugebieten zuvor auch, eine Ablösung der Erschließungsbeiträge angeboten werden. Damit kann ein kleiner Teil der Grunderwerbssteuer eingespart werden. Wie Steueramtsleiterin Bianca Geiger dem Gemeinderat erläuterte, werden die Erschließungskosten für das gesamte Baugebiet bei rund 663.000 Euro liegen. Dies entspricht pro Quadratmeter Bauland einem Wert von 30,33 Euro. Einstimmig sprach sich der Gemeinderat dafür aus, bei den Ablösevereinbarungen mit den Bauplatzkäufern diesen Erschließungsbeitragsatz anzusetzen. In nichtöffentlicher Sitzung legte der Gemeinderat am vergangenen Donnerstag dann auch den Bauplatzpreis fest: Dieser wird 174 Euro pro Quadratmeter betragen (vollerschlossen).

Abwassergebühr wird moderat angehoben

Ab dem kommenden Jahr wird die Abwassergebühr um 7 Cent auf 2,91 Euro pro Kubikmeter Schmutzwasser ansteigen, die Niederschlagswassergebühr reduziert sich hingegen um 2 Cent auf 0,34 Euro pro Quadratmeter abflussrelevanter Fläche. Bei einem durchschnittlichen Wasserverbrauch von 35 Kubikmetern im Jahr wird die Abwassergebühr somit pro Person um rund 2,40 Euro teurer, rechnete Steueramtsleiterin Bianca Geiger dem Gremium vor. Diese moderate Erhöhung ist erforderlich, da im Jahr 2021 die Steuerungstechnik in der Kläranlage erneuert werden muss. Der Gemeinderat wird sich bei einer Besichtigung vor Ort noch ein Bild davon machen, welche Teile ausgetauscht werden müssen.

Auch die Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung werden sich leicht erhöhen. Dies betrifft 15 Grundstücke in der Gemeinde, die nicht an das öffentliche Kanalnetz angeschlossen sind, und ihr Abwasser in Gruben oder Kleinkläranlagen sammeln. Größtenteils handelt es sich um Aussiedlerhöfe bzw. das Betriebsgebäude im Steinbruch Wager-Fischer.

Wasserzins bleibt unverändert

Gute Nachrichten hatte Kämmerer Patsch für alle Gebührenzahler: Im kommenden Jahr bleibt der Wasserzins unverändert bei 2,25 Euro pro Kubikmeter. Wie die Berechnung der Selbstkosten zeigt, kann im Wirtschaftsjahr 2021 damit sogar wieder ein Mindestgewinn von 24.000 Euro erwirtschaftet werden, so dass eine Konzessionsabgabe an den Kernhaushalt abgeführt werden kann.

Grundsteuer und Gewerbesteuer werden erhöht

„Wir erhöhen die Steuern nur ungern, kommen wegen der Einnahmeeinbrüche durch Corona und den wichtigen geplanten Investitionen aber nicht drumherum“, führte Bürgermeister Nägele ein.

Wie Kämmerer Patsch dem Gremium anschließend eingehend erläuterte, sind die Realsteuern wichtige Einnahmequellen der Gemeinde, um die vielfältigen kommunalen Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge mit zu finanzieren. Im Durchschnitt der letzten drei Jahre betrug das Realsteueraufkommen in der Gemeinde 3,76 Mio. Euro jährlich, was rund 30 % der Erträge im Ergebnishaushalt entspricht.

Wie die Zahlen des aktuellen Haushaltsplans zeigen, liegen die ordentlichen Ergebnisse in den kommenden Jahren deutlich im negativen Bereich. Im Jahr 2020 steht die Gemeinde noch gut da, da die



Bericht von der Gemeinderatssitzung am 12. November 2020

Gewerbesteuer sprudelt. Für das Jahr 2021 wird aber bereits ein Ergebnis von minus 703.500 Euro prognostiziert. Für die Jahre 2022 und 2023 werden negative Ergebnisse von 331.800 Euro sowie von 517.700 Euro erwartet, in Summe somit über -1,5 Mio. Euro. Wegen der Corona-Pandemie wird sich die Lage sogar noch verschlechtern: Allein bei der Einkommensteuer ergibt sich für die Gemeinde ein geringeres Steueraufkommen von 498.000 Euro (3,895 Mio. Euro zu 3,397 Mio. Euro) für das Jahr 2021 im Vergleich zu den Daten des Haushaltserlasses 2020.

Trotz Kompensationen bei anderen Erträgen und Aufwendungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs sowie der Kreisumlage durch den Verzicht auf eine Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes wird der Haushaltsausgleich in den kommenden Jahren immer schwieriger.

Im Hinblick auf die Haushaltsplanung 2021 und die Finanzplanungsjahre bis 2024 hält die Verwaltung deshalb eine Anpassung des Gewerbesteuerhebesatzes und der Hebesätze für die Grundsteuern für unumgänglich. Die Anpassung der Realsteuerhebesätze wurde bereits in den letzten Haushaltsplänen für die Finanzplanungsjahre dargestellt. Auch in der Klausurtagung des Gemeinderats im Juli 2020 waren die Realsteuerhebesätze Gegenstand der Beratungen zu den Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen.

Im Rahmen einer kontinuierlichen Steuerpolitik sieht der Einnahmebeschaffungsgrundsatz in § 78 Abs. 2 der Gemeindeordnung grundsätzlich eine Steuererhöhung vor, wenn die Leistungsfähigkeit der Abgabepflichtigen durch die Steuerlast nicht gefährdet ist. Anhaltspunkte für angemessene und zumutbare Steuersätze bilden insbesondere landesweite Durchschnittssätze.

a) Hebesatz für die Gewerbesteuer wird um 10 Punkte auf 360 erhöht

Das Gewerbesteueraufkommen in den letzten drei Jahren betrug insgesamt 8,5 Mio. Euro. Mit einem durchschnittlichen Aufkommen von 2,8 Mio. € ist die Gewerbesteuer nach dem Einkommensteueranteil die wichtigste gemeindliche Einnahme. Kämmerer Patsch freute sich darüber, dass die Gemeinde über ein breit aufgestelltes, vielfältiges und leistungsfähiges Gewerbe verfügt. Im letzten Jahr haben 152 Betriebe insgesamt 2,483 Millionen Euro an Gewerbesteuer bezahlt.

Die letzte Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes fand vor zwei Jahren statt. Damals wurde der Hebesatz von 340 v.H. auf 350 v.H. des Gewerbesteuermessbetrags festgesetzt. Eine erneute Erhöhung um 10 Prozentpunkte hält die Verwaltung auch für den Gewerbesteuerhebesatz zum 01.01.2021 für angemessen und erforderlich. Durch die Anpassung würden sich die Gewerbesteuer-einnahmen um 64.000 Euro erhöhen, was 2,86 % entspricht.

Wie die beim Statistischen Landesamt aktuell hinterlegten Gewerbesteuerhebesätze zeigen, liegt die Bandbreite der Hebesätze in Baden-Württemberg zwischen 265 und 445 Prozentpunkten. Der Durchschnittshebesatz beträgt landesweit 353 Prozentpunkte, im Kreis liegt er bei 367 Punkten.

Die Verwaltung geht im Sinne einer kontinuierlichen Einnahmepolitik auch in den kommenden Jahren von weiteren Hebesatzerhöhungen aus. Im Rahmen der Finanzplanung ist eine weitere Erhöhung auf 370 v.H. zum 01.01.2023 vorgesehen.



Bericht von der Gemeinderatssitzung am 12. November 2020

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung, den Hebesatz ab dem kommenden Jahr auf 360 Prozentpunkte des Gewerbesteuermessbetrags festzusetzen, folgte der Gemeinderat bei einer Enthaltung.

Zuvor wurde jedoch eingehend diskutiert. So sahen einige Gemeinderäte den Zeitpunkt der Erhöhung angesichts des wirtschaftlichen Einbruchs durch die Corona-Pandemie als unglücklich an. Auch sollten die geplanten Ausgaben im Haushalt künftig stärker auf den Prüfstand gestellt werden. Was jedoch von allen Rednern bestätigt wurde: Dass die Gemeinde Böhmenkirch über eine ausgesprochen gute Infrastruktur verfügt, beim Breitbandausbau weit vorne ist, viele zukunftsfähige Projekte plant, und dafür die Einnahmen auf lange Sicht stärken muss.

b) Hebesätze für die Grundsteuer A und die Grundsteuer B steigen um 30 Punkte auf 420 Prozentpunkte

Das Grundsteueraufkommen in den letzten drei Jahren betrug insgesamt 2,783 Mio. Euro. Davon entfielen auf die Grundsteuer A (land- und forstwirtschaftliche Betriebe) 240.000 Euro und auf die Grundsteuer B (Grundstücke) 2,53 Mio. Euro. Mit einem durchschnittlichen Aufkommen von jährlich 848.000 Euro ist die Grundsteuer B eine wichtige gemeindliche Einnahme.

Die letzte Anpassung der Grundsteuerhebesätze fand vor zehn Jahren statt. Damals wurden die Hebesätze von 320 v.H. auf 390 v.H. der Grundsteuermessbeträge festgesetzt. Zum 01.01.2021 hält die Verwaltung eine Erhöhung der Grundsteuerhebesätze um 30 Prozentpunkte auf 420 v.H. für angemessen und erforderlich, wie Kämmerer Patsch dem Gemeinderat erklärte. Durch die Anpassung würden sich die Grundsteuereinnahmen um rund 7,7 % erhöhen.

Bei einem Hebesatz von jeweils 420 v.H. ergeben sich Grundsteuereinnahmen von geschätzt 1,013 Mio. € (Grundsteuer A 86.000 Euro / Grundsteuer B 927.000 Euro), was zusätzlichen Einnahmen von 72.500 Euro entspricht.

Der Durchschnittshebesatz der Grundsteuer B beträgt laut Statistischem Landesamt landesweit 357 Prozentpunkte, im Landkreis liegt er bei 391 Punkten.

Wie bei der Gewerbesteuer geht die Verwaltung auch bei den Grundsteuern in den kommenden Jahren von weiteren Hebesatzerhöhungen aus. Im Rahmen der Finanzplanung ist zum 01.01.2023 eine weitere Erhöhung auf 440 v.H. vorgesehen.

Die finanziellen Auswirkungen auf die Steuerpflichtigen betragen im Durchschnitt bei einem Einfamilienhausgrundstück 21,00 Euro/Jahr und bei einem Zweifamilienhausgrundstück 28,00 Euro.

In der Diskussion war der Gemeinderat gespalten. Einige Gemeinderäte sahen die geplante Erhöhung als maßvoll und gerecht an, da alle Bürger von der guten Infrastruktur der Gemeinde profitieren. Andere Räte plädierten dafür, die Steuern künftig lieber öfters in kleinen Schritten anzuheben, als jetzt in einem großen Schritt. Auch wenn die Mehrausgaben für den einzelnen Bürger auf den ersten Blick nicht so hoch ausfallen, summieren sie sich doch.

Mit 11 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen sprach sich der Gemeinderat am Ende für die Erhöhung auf 420 Punkte aus.



Bericht von der Gemeinderatssitzung am 12. November 2020

Verschiedenes:

- Das **Albwerk** hat sich mal wieder großzügig gezeigt, und der Gemeinde eine **Spende in Höhe von 3.900 Euro** für wohltätige Zwecke zukommen lassen. Einstimmig sprach sich der Gemeinderat dafür aus, das Geld der Bibliothek und der Seniorenarbeit zukommen zu lassen. Bürgermeister Nägele sprach dem Albwerk ein großes Dankeschön für die Zuwendung aus.
- Die Gemeinde erhält für die geplante **Hackschnitzelheizung im neuen Feuerwehrgerätehaus** in Böhmenkirch einen Zuschuss von 15.000 Euro, was rund einem Drittel der Kosten entspricht.
- Bürgermeister Nägele hatte noch mehr erfreuliche Nachrichten zu bieten: Bund und Land ersetzen den Kommunen den durch die Corona-Pandemie entstandenen Gewerbesteuerausfall. Die Gemeinde Böhmenkirch erhält deshalb aus dieser **Gewerbesteuerkompensation einmalig 647.000 Euro**. Jedoch muss die Gemeinde in zwei Jahren aus diesem Zuschuss wiederum die Umlagen an den Finanzausgleich abführen, so dass die Freude darüber dann doch nicht allzu groß war.
- Die Firma Wager-Fischer plant derzeit **im Steinbruchgelände den Bau einer neuen Reifenwaschanlage**. Eine rund 200 Meter lange Abrollstrecke entlang der B 466 soll zudem dafür sorgen, dass die Verschmutzungen auf der B 466 in Bälde Geschichte sein werden. Wie Bürgermeister Nägele bekannt gab, sollen die Abstimmungsgespräche mit den Fachbehörden in Kürze anlaufen.
- Der Ortschaftsrat Steinenkirch hat sich dafür ausgesprochen, die **Gemeindeverbindung Zillerforststeige** für den allgemeinen Verkehr zu sperren, und bereits im kommenden Winter dort keinen Winterdienst mehr zu machen.

Bürgermeisteramt